U-1-175 Sichern wir unsere Lebensgrundlagen - Natur und Umwelt konsequent schützen

Antragsteller*in: LAG Ökologie
Beschlussdatum: 29.07.2021

Änderungsantrag zu U-1

Nach Zeile 175 einfügen:

- Wolfsmanagement mit gleicher Augenhöhe von Ökologie und Weidetierhaltung verbessern. Die Wiederbesiedlung unseres Bundeslandes durch den Wolf und andere große Tiere kann als ökologischer Erfolg verbucht werden. Gleichzeitig gehen mit der Rückkehr dieser Arten wachsende Gefahren für Weidetiere und Tiere der Hobbytierhaltung als potenzielle Beutetiere einher. Die bislang getroffenen Regelungen zum Wolfsmanagement in NRW müssen vor diesem Hintergrund als unzureichend bewertet werden. Neben einem flächendeckenden Herdenschutz und besser zugänglichen Fördermitteln für Betroffene bedarf es weiterer Maßnahmen und rechtlicher Regelungen, um eine möglichst konfliktfreie Koexistenz mit Wölfen zu ermöglichen und dem seit 1979 bestehenden europarechtlichen Schutzstatus des Wolfes gerecht zu werden. Ziel allen Handelns muss ein möglichst konfliktfreies bzw. -armes Miteinander von Wolf und Mensch sein sowie die Vermeidung von Übergriffen auf Weidetiere. Sowohl die Prävention bei Beschaffung und Aufbau als auch die Entschädigungen sollten für alle, und nicht nur für einen kleinen Teil der Betroffenen, ermöglicht werden. Speziell für durchziehende Wölfe bedarf es einer schnellen “Eingreiftruppe”, um das Erlernen unerwünschter Verhaltensweisen vorzubeugen. Vorbild kann hier das Land Thüringen sein, welches betroffenen Tierhalter*innen für diese Fälle kurzfristig landeseigene Herdenschutzhunde und mobile Schutzvorrichtungen anbietet. Keine Tierhaltung soll nach Meinung der GRÜNEN aufgrund von Angst, fehlender finanzieller Mittel oder personeller Ressourcen unmöglich werden dürfen

Begründung

Die Rückkehr des Wolfes hat insbesondere im ländlichen Raum von NRW zu Verunsicherung und Diskussionen zwischen Weidetierhalter*innen und Tierschützern geführt: Wie soll man einerseits dem Schutz des Wolfes und andererseits dem Schutz von Weidetieren gerecht werden? Da die Aktivitäten der derzeitigen Landesregierung unzureichend sind und hier gerade die Grünen mit einer Positionierung gefragt sind, wird vorgeschlagen den nebenstehenden Absatz aufzunehmen.